



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsatzkräfte schützen! II Alkohol- und Gewaltprävention stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Präventionsprogramm zur Verhinderung von Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum und alkoholbedingter Gewalt zu entwickeln.

Dazu gehören:

- eine landesweite und zielgruppenspezifische Aufklärungskampagne zur Verhinderung von durch Alkoholkonsum beeinflusster Gewalt im öffentlichen Raum;
- spezielle Alkohol- und Gewaltpräventionsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen;
- Ausbau von Beratungs-, Präventions- und Therapieangeboten für Betroffene und Angehörige;
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Einrichtung von Präventionsräten und interdisziplinären Arbeitsgruppen.

Begründung:

Alkohol ist in vielen Fällen die Ursache für Aggression und Gewaltvorfälle in der Öffentlichkeit. Insbesondere Einsatzkräfte der Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren werden bei der Ausübung ihres Dienstes deshalb immer öfter Opfer von alkoholbeeinflusster Gewalt. In fast zwei Drittel der Fälle stehen die überwiegend männlichen Täter unter Alkohol- und Drogeneinfluss, wobei Alkohol hierbei weiterhin als Aggressionsverstärker Nummer eins zu nennen ist. Die Analyse des Lagebilds zur Gewalt gegen Polizeibeamte zeigt zudem, dass eine Gefährdung vor allem in größeren Städten, vor allem an Wochenenden und zu Nachtzeiten ausgeht. Durch zielgerichtete und kombinierte Präventionsmaßnahmen kann das Risiko für Einsatzkräfte künftig minimiert werden. Hierfür braucht es eine landesweite Aufklärungskampagne sowie spezielle Alkohol- und Gewaltpräventionsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen, welche auch in regelmäßigen Abständen evaluiert werden müssen. Nachdem die Kampagne „Starker Wille statt Promille“ Ende 2017 eingestellt worden ist, ist eine Neukonzeption erforderlich, die insbesondere den Zusammenhang von Alkoholkonsum und Gewalt berücksichtigt.

Die Kommune als alltägliches Lebensumfeld ist der zentrale Ort für die Prävention von Verhalten, das sich im Alltagskontext abspielt. Bei der Prävention alkoholbedingter Folgen handelt es sich um ein komplexes Aufgabenfeld, das nicht allein auf strafrechtlicher, polizeilicher oder justizieller Ebene zu bewältigen ist. Erfolgreiche kommunale Prävention kann vielmehr nur vernetzt erfolgen. Die Erarbeitung und Umsetzung alkoholpräventiver Maßnahmen erfordert eine interdisziplinäre Herangehensweise und Einrichtung von Kooperations- und Austauschforen mit breiter lokaler Beteiligung (Gemeinde, Ordnungsbehörden, Gastronomie, Anwohner, Bildungswesen etc.). Dadurch werden eine Identifizierung lokaler Problemlagen und Hindernisse sowie eine umfassende Zusammenarbeit ermöglicht. Die Einrichtung von kommunalen Präventionsräten nach dem Vorbild der Stadt Augsburg sollte deshalb entsprechend gefördert werden.